

der Bevölkerung in Westberlin und zum gemeinsamen Kampf gegen Lohn Verschlechterungen im Betrieb zu überzeugen. Statt dessen wurde der leichtere Weg gewählt, indem man versuchte, einige Kollegen von der Arbeitsstelle zu entfernen.

Ein weiterer großer Mangel dieses Beschlusses ist, daß er keine konkreten betrieblichen Forderungen enthält. Damit fehlt auch die Perspektive für die Arbeit unserer Genossen in dem Betrieb.

Wie kam es zu diesem falschen Sekretariatsbeschuß?

Obwohl unsere Grundorganisation in dem Betrieb H. politisch noch ungenügend entwickelt ist und daher keine gute Parteiarbeit leistet, wurden in den letzten Monaten einige Erfolge in der Herstellung der Aktionseinheit mit den DGB-Kollegen erzielt. Eine Anzahl DGB-Kollegen, darunter die Betriebsratsmitglieder, beteiligten sich an gemeinsamen Konferenzen. Viele von ihnen bekannten sich auch zur Aktionseinheit. Diese Erfolge sind hauptsächlich auf die ständige systematische Arbeit eines einzigen Genossen zurückzuführen, der schon mehrere Jahre im Betrieb tätig ist. Dieser Genosse hat durch sein gutes kollegiales Verhalten, und durch eine konsequente Befolgung der Politik unserer Partei das Vertrauen eines großen Teiles der Belegschaft erworben.

Durch mehrere Besuche in volkseigenen Betrieben, an denen sich eine immer größere Zahl von Kollegen beteiligte, konnte diesen parteilosen und DGB-Kollegen die Aufbauarbeit in der DDR aufgezeigt werden. Die Kollegen des Betriebes H. konnten sich in den volkseigenen Betrieben durch Diskussionen mit den dort beschäftigten Arbeitern von dem ständig steigenden Lebensstandard der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor Berlins überzeugen. Diese Besichtigungen und die anschließend daran durchgeführten Aussprachen trugen wesentlich dazu bei, einen engen Kontakt zwischen den DGB- und FDGB-Kollegen im Betrieb H. herzustellen.

Diese positive Einstellung eines Teiles der Kollegen blieb selbstverständlich der rechten Bezirksverbandsleitung des DGB nicht verborgen. Alle Mittel, Einschüchterung, Hetze und Verleumdung wurden angewandt, um die beginnende Aktionseinheit zu zerschlagen. So erreichte die rechte DGB-Führung, daß bei der Betriebsrätewahl trotz guter Voraussetzungen in der Mehrheit Kollegen in den Betriebsrat gewählt wurden, die die Aktionseinheit ablehnten, und zum Teil sogar aggressiv gegen die Kollegen auftraten, die für die Aktionseinheit sind.

Bei dem Versuch, die Ursache dieses Ergebnisses der Betriebsrätewahl zu ermitteln, kamen unsere Genossen zu der falschen Auffassung, daß mit einem Teil der neugewählten Betriebsratsmitglieder eine Zusammenarbeit unmöglich wäre. Sie zogen daraus die Schlußfolgerung, daß der Versuch gemacht werden müsse, diese DGB-Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen. Das Sekretariat der Kreisleitung Reinickendorf unserer Partei unterstützte diesen Fehler, indem sich die Mitglieder des Sekretariats dieser falschen Auffassung anschlossen. Anstatt eine gründliche Analyse vorzunehmen, ließen sich auch die Genossen des Sekretariats von dem Wahlausgang beeinflussen. Damit half das Sekretariat nicht den Genossen in dem Betrieb H., sondern trug im Gegenteil dazu bei, die Entfaltung der Aktionseinheit in diesem Betrieb zu verhindern.

Wie erkannte das Sekretariat seinen Fehler?

Ein kurze Zeit darauf erfolgter Hinweis des Genossen Geisler vom FDGB-Vorstand Berlin, der von diesem Beschuß Kenntnis erhalten hatte, bewies jedem, daß dieser Beschuß völlig der Politik unserer Partei widerspreche. Dieses, sowie ein Artikel des Genossen Reinert in „Neues

Deutschland“ über die Arbeit in der AEG-Turbine, veranlaßten das Sekretariat der Kreisleitung, sich hochmals mit diesem Beschuß zu beschäftigen.

Die Mitglieder des Sekretariats sowie der anwesende Vertreter der Betriebsparteiorganisation erkannten endlich den begangenen Fehler. Sie versuchten nun festzustellen, welche Ursachen zu diesem falschen Beschuß geführt hatten. Dabei stellten die Genossen fest, daß weder das Sekretariat, noch die Betriebsparteiorganisation in der Lage war, eine gründliche Analyse des Betriebes vorzunehmen. Die Folge war, daß daher auch keine konkreten betrieblichen Forderungen auf gestellt werden konnten. Unsere Genossen stellten weiterhin fest, daß dieser Fehler, wenn er nicht rechtzeitig von allen erkannt wird, weitere Fehler nach sich ziehen und zum Sektierertum führen würde. Der vom Sekretariat und der Betriebsparteiorganisation anfangs beschrittene falsche Weg hätte nicht nur die Entfaltung der Aktionseinheit verhindert, sondern auch die Entwicklung einer besseren Arbeit in den anderen Reinickendorfer Betrieben ebenfalls unmöglich gemacht.

Welche Lehren wurden gezogen?

Das Sekretariat der Kreisleitung beschloß, eine gründliche Analyse des Betriebes vorzunehmen. Bei der Einschätzung der Belegschaftsmitglieder muß berücksichtigt werden, daß nicht jeder Kollege, der gedankenlos Hetznachrichten der Westagenturen nachplappert, ein Gegner der Sowjetunion oder ein Gegner der Aktionseinheit ist. Gemeinsam mit der Parteiorganisation des Betriebes H. wird das Sekretariat der Kreisleitung auf Grund dieser Analyse betriebliche Forderungen aufstellen, die die Basis für den gemeinsamen Kampf mit den DGB- und unorganisierten Kollegen im Kampf für den Frieden und im Kampf gegen betriebliche Verschlechterungen bilden werden. Das Sekretariat der Kreisleitung hat bisher in erster Linie nur mit einem Genossen ständige Fühlung gehabt; es wird sich in Zukunft stärker auf die gesamte Betriebsparteiorganisation konzentrieren. Nach der Schaffung einer Analyse und dem Aufstellen der betrieblichen Forderungen wird das Sekretariat der Kreisleitung ein Seminar mit allen Genossen aus den Reinickendorfer Betrieben durchführen, um an Hand dieses Beispiels auch in den anderen Betriebsparteiorganisationen die Arbeit zu verbessern.

Sind auch „aggressive“ Kollegen für die Aktionseinheit zu gewinnen?

Nach der ersten Einschätzung unserer Genossen war es angeblich unmöglich, einen Teil der neugewählten Betriebsratsmitglieder für die Aktionseinheit zu gewinnen. Wie sieht es jedoch in Wirklichkeit damit aus?

Die rechte Bezirksverbandsführung des DGB forderte vom Betriebsrat, die FDGB-Kollegen aus dem Betrieb zu entlassen, um dafür Kollegen aus einem anderen Betrieb, der Entlassungen vornehmen muß, einzustellen. Der Betriebsrat lehnte — gegen eine Stimme — diese Forderung der rechten DGB-Führung ab. Das zeigt, daß auch diese »aggressiven“ Kollegen für die Aktionseinheit gewonnen werden können. An unseren Genossen wird es liegen, sie von der Notwendigkeit der Herstellung der Aktionseinheit zum Kampf für den Frieden, gegen die Remilitarisierung und die damit zusammenhängende Verschlechterung des Lebensstandards in Westberlin zu überzeugen.

Das trotz des unerwarteten Ergebnisses der Betriebsrätewahlen eine gemeinsame Basis für den Kampf vorhanden ist, beweist die Durchführung der Volksbefragung in diesem Betrieb. DGB- und FDGB-Kollegen führten diese gemeinsam im Betrieb durch. 60 Prozent der Kollegen wurden bisher befragt, von denen 98 Prozent ihr „Ja“ gaben.

Kurt Wostrak

1. Sekretär der Kreisleitung, Reinickendorf